



www.MinisterieVanPropaganda.org



DIE
WAHRHEIT
DEM
VOLKE

Wo leben die Werktätigen besser?

Der Plan für Frieden und Aufbau

Die wichtigsten Zahlen aus dem Fünfjahrplan

- Die Industrieproduktion wird bis 1955 verdoppelt
- Die Arbeitsproduktivität wird um 60% gesteigert
- Die Selbstkosten werden um mindestens 23% gesenkt
- In der Industrie werden 1955 rund 890000 Menschen mehr beschäftigt sein als 1950
- Der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte wird von 37 auf 42% steigen
- In der gesamten Volkswirtschaft werden zwischen 1950 und 1955 die Löhne nochmals allgemein um 16 bis 20% erhöht
- Die Lohnsteuer wird bis 1955 um 50% gesenkt
- Steigerung des Volkseinkommens bis 1955 um mehr als 160%
- 26,3 Milliarden DM Investitionen im Fünfjahrplan
- Ein neues, gewaltiges Stahlwerk wird an der Oder aufgebaut
- Bis 1955 wird eine Flotte von 22 Hochsee-Handelsschiffen gebaut
- Der Hafen von Szczecin wird von unseren Schiffen mitbenutzt
- Die Produktion von Werkzeugmaschinen wird bis 1955 auf 347% steigen. (1950 gleich 100%)
- Die Produktion von Perlon wird auf 862% steigen (1950 gleich 100%)
- Die Hektarerträge werden bis 1955 um 25% gesteigert
- Erhöhung der Mittel für die Volksbildung gegenüber 1950 um 40%

„Der Nächste bitte ...!“ Mit einer Handbewegung der täglichen Gewohnheit hat Doktor Hartmann die Tür zum Wartezimmer geöffnet und kehrt dann zum Schreibtisch zurück. Als letzter Patient der Nachmittagsprechstunde folgt ein kleiner rundlicher Mann der Aufforderung des Arztes. Ein Lächeln huscht über sein Gesicht, als er sich dem Arzt mit einem „Guten Tag, Herr Doktor!“ nähert. Dieser blickt von einem Schriftstück auf, und mit einem freudigen Erkennen ruft er: „Mensch, Meinecke, welch guter Wind hat Sie zu mir verschlagen? Ich denke, Sie sitzen im Bayernland?“

„Stimmt schon“, bestätigte Herr Meinecke und machte dann ein geheimnisvolles Gesicht, das bei seinen Rundungen komisch wirkte, „ich habe mich entschlossen, einen Blick hinter den Eisernen Vorhang zu tun“, flüsterte er, „um es kurz zu sagen, ich bin zur Leipziger Messe gekommen, und da habe ich einen Abstecher zu Ihnen gemacht.“ „Deshalb brauchen Sie doch nicht so zu flüstern“, lachte Doktor Hartmann, „aber kommen Sie, wir gehen hinüber in die Wohnung, da ist es gemütlicher, Sie sind ja für heute mein letzter Patient!“

Im bequemen Sessel bei einer Zigarre stellte Herr Meinecke dann die Frage, die ihn bereits die ganze Zeit beschäftigt hat: „Sagen Sie, Doktor, haben Sie Ihren Schritt noch nie bereut, als Sie in die Ostzone gingen?“

Doktor Hartmann kann ein feines Lächeln nicht unterdrücken: „Ich muß Sie enttäuschen, bester Herr Meinecke, denn es war der einzig richtige Schritt, den ich tun konnte.“ Dann fügt er, ernst werdend hinzu: „Vor einem Jahr allerdings, da kam ich hierher mit einem ähnlichen Gefühl, wie Sie es heute zeigen. Wie hatten die Kollegen mir abgeraten, nur nicht in die Ostzone zu gehen, und was erzählte man meiner Frau alles über die Schrecken und Entbehrungen, die unserer hier harren. Und wie sah es in Wirklichkeit aus? Von der ersten Stunde an bin ich wieder in meinem Beruf tätig. Neben der Praxis leite ich die Fachabteilung des Stadtkrankenhauses und kann mich unbehindert meinen Fachstudien widmen. Darüber hinaus habe ich die Betreuung der Belegschaft einer großen Maschinenfabrik als Betriebsarzt übernommen. Während ich in Westdeutschland jahrelang arbeitslos war, kann ich mich hier über Arbeitsmangel wirklich nicht beklagen.“

„Na ja, das mit der Arbeit glaube ich schon“, erklärte Herr Meinecke, „aber wie schaffen Sie das alles bei der mageren Ostzonenkost, denn von der Arbeit allein kann der Mensch auch nicht leben?“

„Auch darin muß ich Sie enttäuschen“, lachelte Hartmann, „Ich habe, seit ich hier bin, mit meiner Familie nicht einen Tag gehungert, Blick in das Schaufenster einer westdeutschen Lebensmittelhandlung, und Sie werden zugeben müssen: bei uns im Westen gibt es alles! und zwar bereits seit längerer Zeit und ohne Marken, wie vor dem Kriege.“

Wo leben die Werktätigen besser?“

„Aber ich bitte Sie“, protestierte Herr Meinecke und seine Zigarre zitterte dabei, „das ist doch keine Frage. Werfen Sie doch nur einen Blick in das Schaufenster einer westdeutschen Lebensmittelhandlung, und Sie werden zugeben müssen: bei uns im Westen gibt es alles! und zwar bereits seit längerer Zeit und ohne Marken, wie vor dem Kriege.“

„Ja, ja, die westdeutschen Schaufenster“, nickte Doktor Hartmann nachdenklich, „die haben es so manchem oberflächlichen Betrachter angetan. Auch ich stand einmal vor diesen vollen Schaufenstern und konnte nicht hinein. Es war nicht allein die Glasscheibe, die mich von den Herrlichkeiten trennte; es waren die Gegensätze. Die Gegensätze zwischen meiner leeren Tasche und der Fülle der ausgestellten Waren, zwischen meinem Drang nach einer Betätigung und der Unmöglichkeit, Arbeit zu erhalten. Sehen Sie, diese Gegensätze veranlaßten mich zu dem Schritt in die Deutsche Demokratische Republik. Das war ein Schritt, von dem ich bereits sagte, daß ich ihn niemals bereuen werde.“

„Na ja, ich weiß“, nickte Meinecke und kaute an seiner Zigarrenspitze, „Sie haben drüben Schweres durchgemacht; es ist eben zur Zeit keine Konjunktur für Akademiker.“

„Sehr richtig“, stimmte Doktor Hartmann mit einem trockenen Lachen zu, „Konjunktur, das ist das richtige Wort, aber nicht nur für Akademiker, sondern für den ganzen Westen und seine vollen Schaufenster. Jeder Konjunktur aber folgt die große Krise, und in dieser steckt Westdeutschland heute schon mittendrin.“

Meinecke lachte: „Na, bei uns ist jedenfalls Leben drin, und wenn mal Sauregurkenzeit kommt, dann vertrösten wir uns auf bessere Zeiten.“ „Hier“, fügte er hinzu und strich mit der Hand über seinen neuen Sommeranzug, „das ist noch Stoff, wie Sie ihn hier mit der Laterne suchen können. Das ist Qualität!“

„Ein schöner Anzug“, stellte Doktor Hartmann fest, „nur — ist Ihnen bekannt, wieviel Menschen in Westdeutschland sich so ein Stück oder überhaupt einen neuen Anzug leisten können?“

„Freilich“, erklärte Herr Meinecke voll Besitzerstolz, „nicht jeder kann sich so etwas leisten.“

„Sehen Sie, das ist entscheidend: nicht nur einige wenige sollen sich dieses oder jenes leisten können, was übrigens immer auf Kosten der Arbeiter geschieht, sondern die Lebenshaltung aller Bevölkerungskreise auf eine höhere Form zu bringen, das ist das Ziel jeder volksverbundenen Regierung. Und da taucht zunächst einmal die Frage auf:

Wo leben die Arbeiter besser?“

„Ich habe mir“, erklärte Doktor Hartmann lächelnd, während er seinem Schreibtisch eine Mappe entnahm, „im Laufe der Zeit so einige Notizen gemacht, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte.“ Dann zündete er eine Zigarette an und lehnte sich tief in den Sessel zurück. „Betrachten wir uns die vollen Schaufenster in Westdeutschland doch einmal näher. Da werden in den letzten Monaten die kleinen Schilder, die den Preis anzeigen, sehr häufig gewechselt, und die Hausfrauen stellen dann jedesmal fest, daß die Preise nicht fallen, sondern ständig steigen.“

So stiegen zum Beispiel in der Stadt Minden die Fleischpreise bis um 40%. Das heißt, für die gleiche Fleischmenge, die bisher 1,— WM kostete, müssen heute die Hausfrauen 1,40 WM bezahlen. Beamte der Preisüberwachungsstelle aber weigerten sich, gegen die willkürliche Preiserhöhung einzuschreiten.

Nach Mitteilung der Düsseldorfer Preisbehörden ist bei den Grundnahrungsmitteln seit Ende Juni dieses Jahres eine Steigerung bis zu 30% festzustellen. Die Kartoffelpreise stiegen in zwei Wochen von 0,85 WM auf 1,50 WM für 10 Pfund. Aus Bamberg meldet die Preisbehörde eine Erhöhung der Preise für Haferflocken um 33% — von 60 auf 80 Pfennig.

Ferner ist die Erhöhung des Preises für Hausbrandkohle um 0,25 WM je Zentner vorgesehen. Die Preise für Eisen sind ebenfalls um 8,— WM die Tonne erhöht worden, was eine Preiserhöhung für Haushaltsgeräte nach sich zieht.

Diese allgemeine Preiserhöhung bedeutet für Millionen Menschen in Westdeutschland den Verzicht auf verschiedene Nahrungsmittel, wie Fleisch, Fett, Zucker und anderes.

Kein Geringerer als der britische Ernährungsminister Strachey — so berichtet die Neue Volkszeitung in Dortmund — bestätigte diesen Zustand, indem er feststellt:

„daß in Westdeutschland die Lebensmittel erschreckenderweise ungleich verteilt werden. Die Reichen erhielten zwar soviel sie wollten, die gesamte westdeutsche Arbeiterklasse aber sei noch schlimmer daran, als in ihren niedrigen Löhnen zum Ausdruck komme. Die Lebensmittelrationierung in Westdeutschland habe nur auf-

gehoben werden können, indem hohe Lebensmittelpreise festgesetzt und gleichzeitig die Löhne so niedriggehalten wurden, daß die meisten Deutschen nicht in der Lage seien, in ausreichendem Maße einzukaufen.

Das sagt ein britischer Minister, der es ja wissen muß! Seine Worte werden durch jene Statistik unterstrichen, die den normalen Jahresfleischverbrauch je Einwohner mit 46,7 kg bezeichnet, während in Westdeutschland der Fleischverbrauch nach dem Fortfall der Lebensmittelkarten heute 28 kg je Einwohner und Jahr beträgt und weiterhin im Sinken begriffen ist. Das beweist, daß sich Millionen Menschen in Westdeutschland trotz der vollen Schaufenster kein oder nur ab und zu etwas Fleisch kaufen können.

„Wer da aber glaubt“, fuhr Doktor Hartmann fort, „daß es sich bei diesen laufenden Preissteigerungen nur um eine zufällige Erscheinung in Westdeutschland handelt, der möge einen Blick auf den Weltmarkt tun. Und die westdeutschen Hausfrauen, die in ihre leere Wirtschaftskasse schauen, sie sollten sich den 25. Juni 1950 genau merken.“

„Den 25. Juni 1950?“ fragte Herr Meinecke erstaunt.

„Sehr richtig“, bestätigte der Doktor, „es ist der Tag, an dem die amerikanischen Aggressoren das freiheits- und friedliebende koreanische Volk überfielen. Seit diesem Tage wittern die Kohlen-, Stahl- und Finanzhyänen in den kapitalistischen Ländern, so auch in Westdeutschland, Morgenluft. Von Ende Juni bis Ende Juli 1950 — also innerhalb eines Monats — sind die Preise auf dem Weltmarkt für Weizen um 5%, für Wolle um 13%, für Kaffee um 15%, für Baumwolle um 16%, für Zinn um 21%, für Kakao um 23%, für Schmalz um 41%, für Gummi um 52% und für Talg um 66% gestiegen. Da Westdeutschland völlig unter dem Einfluß des amerikanischen Kapitals steht, spiegeln sich die Preissteigerungen in den dortigen Schaufenstern wider. So wickelt sich der räuberische Überfall auf Korea, durch den der amerikanische Imperialismus das neue Rüstungsgeschäft eingeleitet hat, auf die Kochtöpfe der westdeutschen Hausfrauen aus.“

Zu dieser Entwicklung in Westdeutschland bemerkt die Hamburger Zeitung „Die Welt“ mit zynischer Offenheit: „Die Erzeugnisse, die die Rüstungsindustrie herstellt, sind weder mittelbar noch auf Produktionswegen für die Lebenshaltung bestimmt, sondern dienen der Vernichtung oder fallen ihr anheim.“ Von seiten der wiedererstandenen westdeutschen Monopole aber wird mit Unterstützung der Adenauer-Regierung alles getan, um die Preise möglichst hochzuhalten.

Über die korrupten Methoden dieser künstlichen Steigerung der Preise gibt der Bericht des Vorsitzenden der westdeutschen Butter- und

Eier-Einkaufszentrale in Hellsee Aufschluß. Danach wurden 24 000 Zentner Käse aufgekauft, um den Käsepreis hochzuhalten. Man hatte Pech, denn der Onkel Sam aus New York, der eigentliche Chef des westdeutschen Zweiggeschäftes, schaltete sich ein und lieferte seinen Marshall-Käse. So gingen bei diesem „Geschäft“ 750 000 WM verloren. Ebenso hatte man mit der Stützung des Eierpreises kein Glück; denn auch hier gingen durch die Einschaltung des guten Onkels aus Amerika 500 000 WM verloren.“

„Sehen Sie, Herr Meinecke, das nennt man ein Konjunkturgeschäft mit Lebensmitteln und das Risiko trägt am Ende das Volk; denn die Fehlbeträge werden aus den Steuergeldern gedeckt, wie es der Bericht der Butter- und Eier-Einkaufszentrale Hellsee zeigt, in dem es wörtlich heißt: Die Verluste aus dem Buttergeschäft seien buchnäßig nicht in Erscheinung getreten, da diese Fehlbeträge durch Beiträge aus Bundesmitteln, die zur Stützung des Butterpreises ausgegeben wurden, gedeckt sind.“

Finanzminister Schäffer erklärte jedoch bei der Debatte über die Erhöhung der Lebensmittelpreise, die durch Staatszuschüsse vor einem weiteren Ansteigen bewahrt werden sollten, im Bundesparlament:

„Wir leben in einer Welt harter Tatsachen. Ich habe kein Geld, um die jetzigen Ausgaben des Bundes und der Länder zu finanzieren.“

„Ich weiß nicht, was man an den Preisstützungen verwerflich finden soll“, unterbrach Herr Meinecke die Ausführungen des Doktors, „unser Markt ist eben Schwankungen unterworfen, die die Regierung abfangen will, um größere Verluste zu vermeiden.“ „Na, und außerdem“, fügte er hinzu, „handelt es sich doch bei den Preiserhöhungen der Lebensmittel meist nur um Pfennige.“

„Ja, das sagen Sie“, nickte Doktor Hartmann, „ich glaube aber kaum, daß die 4½ Millionen Arbeitslosen in Westdeutschland — diese Gesamtzahl nannte Professor Baade, der Leiter des Instituts für Weltwirtschaft im Bonner Bundestag — mit Ihnen gleicher Meinung sein werden. Betrachten wir uns einmal

das Haushaltsbuch eines Arbeitslosen.

Eine Familie mit einem Kind erhält im Durchschnitt monatlich eine Unterstützung von etwa 100 WM. Rechnet man für Heizung, Licht, Wasser und Miete nur 30 WM, so verbleiben zum Leben 70 WM. Das macht für jede Person rund 5,60 WM in der Woche. Die Preise sind von 1935 bis 1950 um 50—100 % gestiegen. Für Neuanschaffungen, Schuhreparaturen usw. verbleibt nichts.

Durch Anschreibenlassen beim Kaufmann sind die meisten Erwerbslosen verschuldet. Der Kaufmann will nichts mehr borgen, da enorme Fehlbeträge sein Geschäft in Gefahr bringen. Ein Erwerbsloser der Stadt Seesen, Familienvater mit 12 Kindern im Alter von 5 Monaten bis 15 Jahren, hat einen monatlichen Haushaltsverbrauch von 227,55 WM, wobei die Miete noch nicht einbezogen ist. Demgegenüber steht die Erwerbslosenunterstützung in Höhe von 195,60 WM. Dabei ist in der Aufstellung über den Lebensmittelverbrauch dieser Familie Fleisch und Butter nicht enthalten, geschweige denn Bohnenkaffee oder Schokolade.

Und was sagt die Bundesregierung dazu? Herr Adenauer hat eine geheime Denkschrift an die Marshallplanverwaltung nach Paris geschickt, in der die Bonner Regierung es für untragbar hält, die Arbeitslosen „in der augenblicklichen Zeit in Arbeit zu bringen“. Und weiter heißt es in dieser aufschlußreichen Schrift:

„Sollen also das innere Gleichgewicht und die finanzielle Stabilität der westdeutschen Wirtschaft nicht gefährdet werden, so ist eine Erwerbslosigkeit in dem oben skizzierten Umfange unvermeidbar.“

Der „oben skizzierte Umfang“ entspricht mehreren Millionen Erwerbslosen. Und der Wirtschaftsminister Erhard erklärte: „Die Vollbeschäftigung ist eine Illusion!“ Womit klar gesagt wird, daß man das Millionenheer der Arbeitslosen in Westdeutschland als eine ganz natürliche Sache betrachtet.

„Nun, ich glaube aber, daß sich unsere Regierung ernstlich mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigt, zeigt der Einsatz einer großen Anzahl von Arbeitslosen bei Entrümmerungs- und ähnlichen Arbeiten“, warf Herr Meinecke ein.

„Diese Notstandsarbeiter“, entgegnete Doktor Hartmann, „die doch in Wirklichkeit nur verkappte Vollarbeitslose sind, dürften von diesem unproduktiven Arbeitseinsatz nicht sehr begeistert sein; denn ihr Verdienst ist noch niedriger, als die Arbeitslosenunterstützung.“

Fallende Löhne und steigende Profite.

„Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß man es in Westdeutschland als ein großes Glück betrachten muß, heute in Arbeit zu stehen“, nahm Doktor Hartmann das Gespräch wieder auf. „Betrachten wir uns dieses „Glück“ einmal näher.“

Durch die Erhöhung des Getreidepreises um 50 WM je Tonne und durch den neuen Zollsatz für Fleisch ergibt sich eine Mehrbelastung der westdeutschen Verbraucher in Höhe von nahezu einer Milliarde WM. Hinzu kommt eine Belastung von über 100 Millionen WM

durch die Verteuerung der Eier und Milchprodukte. Dadurch ist eine weitere Senkung des Reallohnes um 5—6% eingetreten, so daß der Reallohn der werktätigen Bevölkerung in Westdeutschland mit 31% unter dem des Jahres 1938 liegt. Der Arbeiter erhält also heute nur etwa zwei Drittel jener Waren, die er 1938 für den gleichen Lohn kaufen konnte. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß diese Berechnungen vor der letzten Teuerungswelle angestellt wurden. Dafür sind aber die Profite aus der Produktion allein in der Zeit vom Juni 1948 bis März 1949 von 17% auf 61% gestiegen.

Man darf sich darüber jedoch nicht wundern, wenn man hört, daß zum Beispiel in den Fordwerken in Köln im Jahre 1945 rund 1000 Mann 5 Millionen Mark verdienten, während 1949 4200 Mann nur 11 Millionen WM an Lohngehaltern erhielten, daß also die Zahl der Beschäftigten über das Vierfache stieg, während die Lohnsumme nur etwas mehr als das Doppelte zunahm.

Wie diese Lohnsenkungen herbeigeführt werden, zeigt das Beispiel der Eisenbahnverwaltung in Hamm, die sich mit dem Gedanken trägt, die Schrankenposten, die zur Zeit mit drei Mann besetzt sind, meist Schwerebeschädigte, die den Dienst in Früh-, Spät- und Nachtschicht mit je 8 Stunden teilen, auf 2 Mann zu verringern. Diese beiden Schrankenwärter sollen nun einen 12stündigen Dienst versehen, wobei nur 8 Stunden bezahlt werden und die andere Zeit als „Dienstbereitschaft“ gelten soll.“

„Das ist ja ein starkes Stück“, bemerkte Herr Meinecke und dachte dabei insgeheim an seine Rückreise, „wenn so ein Schrankenwärter bei der 12stündigen Dienstzeit einschläft, da kann doch das größte Unheil geschehen.“

„Tja“, machte Doktor Hartmann, „das nennt man im Westen Rationalisierung der Leistung und die Hohen Kommissare haben der Bundesbahn nahegelegt, im Zuge dieser Rationalisierung 80 000 Eisenbahner zu entlassen. Der Rationalisierungsausschuß der westdeutschen Wirtschaft fordert die Steigerung der Arbeitsleistung auch für den Bergbau. Das würde eine Erhöhung der Kohlenförderung bedeuten. Da jedoch bereits ein nicht absetzbarer europäischer Kohlenüberschuß von 3 Millionen Tonnen in den kapitalistischen Ländern vorhanden ist, sind die Kohlenbarone an einer erhöhten Kohlenförderung nicht interessiert, sondern sind übereingekommen, die Leistungssteigerung durch die Entlassung von 100 000 Bergarbeitern auszugleichen. Jene Bergarbeiter also, die nach 1945 mit Sonderrationen bedacht wurden, damit sie die Gruben wieder in Gang setzten, werden heute zum alten Eisen geworfen; ihre Arbeit bringt den Kohlen-syndikaten keinen Profit mehr ein.“

Und wie steht's mit den Löhnen der werktätigen Frauen im Westen?

In den meisten Betrieben werden die Frauen, obwohl sie die gleiche Arbeit verrichten, wie die Männer, mit 20 bis 25 % niedriger entlohnt, erhalten also beispielsweise statt 1,— WM Stundenlohn nur 0,75 WM. In der Westberliner Bekleidungsindustrie sind Stundenlöhne von 25 Pfennigen keine Seltenheit, und Heimarbeiterinnen erhalten für die Anfertigung eines Kleides zwischen 1,50 bis 2,35 WM. Zur Erreichung des Existenzminimums dehnen diese Heimarbeiterinnen die normale Arbeitszeit um das Doppelte aus und gefährden damit ihre Gesundheit. Dabei liegen die Westberliner Löhne noch über den Löhnen, die in Westdeutschland gezahlt werden.“

„Moment mal“, schaltete sich Herr Meinecke ein, „da möchte ich doch sagen, daß die Frauenarbeit von jeher anders einkalkuliert wurde als die Männerarbeit, und die Frauen wissen das und sind zufrieden. Das muß ich wohl wissen; denn ich habe in meinem Textilbetrieb selbst mehrere Frauen beschäftigt.“

„So ist es“, stellte Doktor Hartmann mit einem feinen Lächeln fest, „von jeher wurden die Frauen niedriger bezahlt, und von jeher wurde auch der Überprofit in die Tasche gesteckt; denn es ist mir nicht bekannt, daß in einem Geschäft diejenigen Stoffe, Kleider oder auch Zigarren billiger verkauft werden, die von Frauen hergestellt wurden. Daß es sich bei der niedrigen Bezahlung um einen klaren Mißbrauch der Frauenarbeit handelt, zeigt eindeutig ein Bericht des Bonner Wirtschaftsministeriums, in dem es heißt:

„Unter dem zunehmenden Zwang zu schärferer Kalkulation hat sich in beträchtlichem Umfang ein Auswechseln von männlichen durch weibliche Arbeitskräfte durchgesetzt.“

Das heißt auf gut deutsch: Die Männer werden auf die Straße geworfen und an ihrer Stelle die billigere Arbeitskraft der Frau ausgeheutet. Mit der von Ihnen angeführten angeblichen Zufriedenheit hat es auch so einiges auf sich.

Wissen Sie, warum die meisten Werktätigen in Westdeutschland diese unerträglichen Zustände vorläufig schweigend hinnehmen und noch nicht den Mut finden, um einmal auf den Tisch zu klopfen und ihr Recht geltend zu machen? Weil sie sich vor dem Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit fürchten, das ihnen bei jeder Lohnforderung vorgehalten wird. Sie sind gezwungen, für einen billigen Arbeitslohn ihren Arbeitsplatz zu halten.“

„Ich glaube, Sie malen die Dinge zu schwarz, lieber Doktor“, sagte Herr Meinecke und räusperte sich; denn dieses Thema war ihm etwas

unbehaglich, „wir haben doch drüben auch Gewerkschaften, die sich bei Lohnfragen und ähnlichen Dingen einschalten können.“

„Sie könnten es“, erwiderte Hartmann, „aber ihre Leitungen tun es nicht. Unterstützen sie die Werktätigen wirklich im Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage, oder reden sie nicht nur viel, und drücken sich am Ende vor der letzten Konsequenz? Ich habe diesen Eindruck jedenfalls gewonnen. Denn wie anders wäre jene ablehnende Haltung zu erklären, die der westdeutsche Gewerkschaftsbund zu den berechtigten Lohnforderungen der Werktätigen auf Grund der laufenden Preiserhöhungen und bei der Forderung des Mitbestimmungsrechtes einnimmt?“

„Man braucht nur einmal die Entwicklung in Deutschland von 1918 bis 1945 mit der heutigen Lage in Westdeutschland zu vergleichen“, meinte Doktor Hartmann nachdenklich und sah in den Rauch seiner Zigarette, „so zeigt sich in allen Dingen eine eindeutige Ähnlichkeit. Damals wie heute: die wiedererstandenen Konzerne und Hochburgen des Monopolkapitals reißen die Macht an sich; durch Preissteigerungen und Lohnsenkungen wälzen sie die Folgen des Krieges auf die werktätige Bevölkerung ab und stecken riesige Überprofite ein; das Millionenheer der Arbeitslosen wird künstlich gesteigert, um für das neue Rüstungsgeschäft Arbeiterreserven zu haben. Na, und das Ende dieser Entwicklungsgeschichte haben wir ja alle noch in genügender Erinnerung.“

Sie und nicht anders sieht es mit dem Leben und der Zukunft der Arbeiter in Westdeutschland aus!“

„Nun, und was hat der Arbeiter denn schon in der Deutschen Demokratischen Republik?“ fragte Herr Meinecke.

Wie lebt der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik?

„Der Weg der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik ist der Weg zu einem besseren Leben aus eigener Kraft“, entgegnete Doktor Hartmann ernst und jedes Wort besonders betonend. „Unsere Arbeiter wissen, daß ein Leben, das sich auf einer Schuldenwirtschaft aufbaut wie es in Westdeutschland der Fall ist, nur eine Illusion, ein Selbstbetrug sein kann, der über kurz oder lang zusammenbrechen muß. Die Werktätigen aber wollen kein Miethaus, in dem sie zu dem hohen Mietzins noch dulden sollen, daß der amerikanische Wirt zu jeder Zeit und Stunde aus- und einght und die Füße auf ihren Tisch legt. Sie bauen vielmehr ein Gebäude, in dessen Räumen das deutsche Volk Herr im Hause ist und die Werktätigen ihre Füße unter den eigenen Tisch strecken können.“

Das Fundament zu diesem soliden und festen Bau ist durch die Entdeckung der Kriegsverbrecher, der Konzernherren und Großgrundbesitzer gelegt worden. Im Juni 1948, zu dem gleichen Zeitpunkt, als das anglo-amerikanische Monopolkapital durch die separate Währungsreform einen weiteren Schritt zur Spaltung Deutschlands unternahm und Millionen Menschen in Westdeutschland um ihre Ersparnisse brachte, wurde bei uns der Zweijahrplan beschlossen, und die Zeit der Erfolge begann. Mehr produzieren, heißt besser leben! Mit dieser Losung nahmen die Werktätigen unter Führung der Aktivisten den Kampf um die Verbesserung unserer Lebenslage auf. Und heute, nachdem der Zweijahrplan bereits in 18 Monaten erfüllt wurde, können wir sagen, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Neben den Erfolgen in der vorangegangenen Zeit konnte zum 1. September 1950 ein neues Ergebnis der vereinten Anstrengungen der Werktätigen in Stadt und Land durch die Regierung verkündet werden.

Es ist die weitere Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett, die durch die Erfüllung des Zweijahrplanes in 1½ Jahren, durch die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft und nicht zuletzt durch die großzügige Hilfe der Sowjetunion und der Volksdemokratien erreicht wurde.

Für diese Erhöhung der Rationen der Lebensmittelkarten, der Gemeinschafts-, Werkküchen- und Krankenhausverpflegung werden im Monat zusätzlich 8000 t Fleisch und 7500 t Fett benötigt, wofür ein Laderaum von etwa 1033 Waggons notwendig ist.

Ist es nicht auch ein weiterer sichtbarer Erfolg unseres Wirtschaftsaufbaues aus eigener Kraft, daß in diesem Jahr jede Familie sich mit der ihrem Bedarf entsprechenden Menge von Kartoffeln eindecken kann? Während im Westen die Preise steigen und die Reallöhne sinken, ist in der Deutschen Demokratischen Republik durch die Mehrzeugung von Waren durch die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und den Volksdemokratien und auch auf Grund der laufenden Preissenkungen der HO eine ansteigende Kaufkraft der Werktätigen zu verzeichnen. *Allein die 6. Preissenkung bei der HO bringt der Bevölkerung jährliche Ersparnisse in Höhe von 255 Millionen DM.*

Die Verbesserung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben ist ein weiterer Beweis einer planmäßigen Aufwärtsentwicklung. Während das amerikanische Kapital im Westen hochqualifizierte Kräfte zu unproduktiven Notstands- und Rüstungsarbeiten zwingt, wird in der Deutschen Demokratischen Republik der Facharbeiter entsprechend seinen Kenntnissen und Fähigkeiten in der Friedensproduktion eingesetzt

und bezahlt. So bewegen sich auch die Lohnerhöhungen ab 1. September 1950 zwischen 8% und 30% und darüber hinaus nach dem Gesichtspunkt der qualifizierten Arbeit und der volkswirtschaftlichen Bedeutung des betreffenden Industriezweiges.

Das ist der heutige Stand der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik. Welche Aussichten und Möglichkeiten ergeben sich aber für den Arbeiter nach der Erfüllung des Fünfjahrplanes?

Die Industrieproduktion wird bis 1955 gegenüber dem Stand von 1936 verdoppelt. Zur gleichen Zeit ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität um 60% vorgesehen. Das heißt, daß im Gegensatz zur kapitalistischen Rationalisierung der Arbeitsleistung in Westdeutschland, die den dortigen Arbeitern Massenentlassungen und den Unternehmern Überprofite bringt, die Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1955 rund 890 000 Menschen mehr beschäftigen wird als es heute der Fall ist. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an der Gesamtzahl der Beschäftigten wird von 37% auf 42% steigen. Das bedeutet die volle Gleichberechtigung und Teilnahme der Frauen beim Aufbau unseres Friedensstaates. In der gesamten Volkswirtschaft werden zwischen 1950 und 1955 die Löhne nochmals allgemein um 16 bis 20% steigen, die Lohnsteuer dagegen bis 1955 um 50% gesenkt werden. Bereits 1952 werden wir den durchschnittlichen Vorkriegs-Lebensstandard erreichen, um danach einen wirklichen Wohlstand zu schaffen, der den Vorkriegsstand und den der sogenannten „guten alten Zeit“ übertreffen wird.

Wissen Sie, was das heißt, wenn die Produktion so gesteigert wird, daß alle Waren in ausreichendem Maße vorhanden sind und zur gleichen Zeit die Löhne erhöht und die Steuern gesenkt werden? Das bedeutet volle Schaufenster und volle Taschen für jeden Bürger unserer Republik, im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die Arbeiter vor den vollen Schaufenstern mit leeren Taschen heute und auch morgen stehen werden, solange sie nicht den amerikanischen Ausbeuter und seine deutschen Handlanger zum Lande hinausgejagt haben.“

„Das alles aber sind keine unerfüllbaren Träume oder verlockende Zukunftsschmalmeien“, fuhr Doktor Hartmann fort, während er seine alte, geliebte Pfeife aus dem Schreibtische hervorholte und sie bedächtig zu stopfen begann. „Das ist das Ergebnis und erreichbare Ziel einer planvollen Friedenspolitik, die sich, im Gegensatz zum Westen, auf den Potsdamer Beschlüssen aufbaut und eine gesunde Volkswirtschaft entwickelt. Es ist aber auch das Vertrauen der Arbeiter in die eigene Kraft und das Bewußtsein, am Aufbau und der Festigung ihres eigenen Hauses, der Deutschen Demokratischen Republik, mitzuwirken, die zur vorfristigen Erfüllung des Zweijahr-

planes entscheidend beitragen und den erfolgreichen Abschluß des Fünfjahresplanes sichern werden. Dieses Vertrauen in die eigene Kraft und das Bewußtsein, für den eigenen Wohlstand zu arbeiten, fehlt den westdeutschen Arbeitern heute noch. Sie werden es dann erst erlangen, wenn sie die amerikanische Fremdherrschaft abgeschüttelt und sich mit den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik vereinigt haben.

So können auch die westdeutschen Arbeiter von der Adenauer-Regierung niemals ein solches Gesetz erwarten, das ihnen Schutz vor Ausbeutung der Arbeitskraft gewährt, wie es das von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erlassene Gesetz der Arbeit unseren Werktätigen sichert.

Das erweist sich bereits im ersten Abschnitt des Gesetzes, in dem es heißt:

„Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Es muß ihm ein seinen Fähigkeiten entsprechender und zumutbarer Arbeitsplatz nachgewiesen werden.“

Hier wurde zum ersten Male in der deutschen Geschichte das natürliche Recht auf Arbeit für jeden Bürger gesetzlich anerkannt und gesichert, während im Westen durch die Verräterpolitik der Adenauer, Schumacher und Konsorten das Millionenheer der Arbeitslosen bewußt vergrößert wird.

Auch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten ist im Gesetz der Arbeit eindeutig und klar garantiert, und die Freien Deutschen Gewerkschaften sind als gesetzliche Vertreter der Werktätigen anerkannt worden.

Im Westen dagegen wird dieses Grundrecht des Arbeiters, das ihn vor Willkür und Ausbeutung schützt, von den Unternehmern sabotiert und von der Regierung und den Gewerkschaften verschleppt und verfälscht.

Und wenn wir uns die weiteren Verbesserungen der Lage der Arbeiter betrachten, die das Gesetz der Arbeit allen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik garantiert, und diese der Entwicklung in Westdeutschland gegenüberstellen, dann versteht man erst richtig, warum es unmöglich ist, in einem Land, das vom amerikanischen Monopolkapital beherrscht wird, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und die berufliche Entwicklung und Gleichberechtigung der Frauen, die gesetzliche Anerkennung des Urlaubs, des Kündigungsrechtes und des Arbeitsschutzes, die planmäßige Verwendung der Arbeitskräfte und auch die Förderung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung den dortigen Arbeitern zu gewährleisten und, da es überhaupt den

Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsform widerspricht, den Werktätigen ein solches Gesetz der Arbeit zu geben.

Das, lieber Herr Meinecke, ist das „Geheimnis“ des Erfolges der Volkswirtschaft in den fortschrittlichen Ländern der Sowjetunion, der Volksdemokratien und in der Deutschen Demokratischen Republik“, erklärte Doktor Hartmann und tat einige tiefe Züge aus seiner Pfeife, „das dort die Werktätigen alle Möglichkeiten einer freien Entfaltung ihrer Kräfte besitzen. Sie können für die Zukunft planen, denn ihr Wirtschaftsaufbau vollzieht sich ohne Krisen und Schwankungen und das Volksvermögen, das frei ist von allen kapitalistischen Profiten, wächst ständig und wird ausschließlich für die Interessen des Volkes verwendet.

So können auch die Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik sich heute bereits ausrechnen, was sie im Jahre 1955 verdienen werden, während ihre Kollegen in Westdeutschland heute nicht wissen, ob sie morgen nicht bereits arbeitslos sind oder in die Rüstungsfabriken gepreßt werden. Und das ist die Gefahr für unseren friedlichen Aufbau: ein vom amerikanischen Imperialismus vom Zaune gebrochener Krieg!

Wo leben die Bauern besser?

„So, wie die Arbeiter für die Zukunft planen können“, fuhr Doktor Hartmann in seinen Ausführungen fort, „so kann auch der Bauer in der Deutschen Demokratischen Republik mit dem ruhigen Gefühl seinen Boden bestellen, daß die Früchte seiner Arbeit auch ihm und seiner Familie zugute kommen.

Die Bodenreform war hier die entscheidende Tat. Nach der Enteignung der Großgrundbesitzer stellen heute die Wirtschaften in der Größe bis zu 20 Hektar 94% aller landwirtschaftlichen Betriebe, sie verfügen über 70% des Bodens. Von den 300 000 Neubauernwirtschaften sind 90 000 in dem Besitz von Umsiedlerfamilien, das heißt, daß nach der Aufteilung des Junkerlandes mehr als 300 000 Umsiedlern hier eine neue Heimat gegeben wurde.

Um die Versorgung der Bevölkerung aus der eigenen Landwirtschaft weitgehendst zu erreichen, wurde den werktätigen Bauern bedeutende Hilfe geleistet. So hat die Regierung zur Förderung der Landwirtschaft von 1948 bis 1950 rund 2,41 Milliarden DM zur Verfügung gestellt.

Zur Stärkung der neuen Bauernwirtschaften werden die Restschulden aus den bis zum 30. Juni 1950 gegebenen Bodenreform-Baukrediten um 50% herabgesetzt, soweit sie nicht bereits im Zuge der Währungsreform umgewertet worden sind. Die Altsiedler aber, die vor 1945 unter Bindung an kapitalistische Siedlungsgesellschaften, Bankinstitute

und Großgrundbesitzer Land erhalten haben, werden aus diesen Bindungen dadurch befreit, daß ihre Restschulden auf die Hälfte herabgesetzt und auf die volkseigenen Bankinstitute der Deutschen Demokratischen Republik übertragen werden. Außerdem sind diese Alt-siedler bis zum Ende dieses Jahres als Eigentümer im Grundbuch einzutragen.

Diese und weitere Förderungen durch die Regierung haben auch in der Landwirtschaft die Zeit der Erfolge anbrechen lassen.

So war im Zweijahrplan der Landwirtschaft die Aufgabe gestellt, die Anbaufläche auf 4 955 700 Hektar zu erweitern, tatsächlich wurden aber mehr als 5 010 000 Hektar bestellt und damit der Zweijahrplan übererfüllt. Bis Ende des Jahres 1950 werden noch weitere 78 000 Hektar neugewonnenes Ackerland hinzukommen, so daß die Anbaufläche von 1933 erreicht wird.

Von Januar bis März 1950 wurden rund 800 Traktoren, 2000 Traktorenpflüge, 200 Traktorendrillmaschinen, 500 Grasmäher und andere Maschinen, sowie 9 Millionen DM für Ersatzteile der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Allein bis zum 15. März 1950 sind an die Landwirtschaft 205 000 t Kalifabrikate geliefert worden, und wir können heute feststellen, daß in diesem Jahr die erste Friedensernte in die Scheunen eingefahren wurde.

Im Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1950 ist die Vermehrung des Viehbestandes auf 5 700 000 Schweine, 3 650 000 Stück Rindvieh und 1 240 000 Schafe vorgesehen. Mit der Erfüllung des Viehvermehrungsplanes wird Ende 1950 bei Rindvieh und Schweinen der Vorkriegsstand erreicht werden. Bei Pferden haben wir bereits heute rund 11 000 mehr als im Zweijahrplan eingesetzt waren.

Auf diesen Erfolgen aufbauend, sind der Landwirtschaft im Fünfjahrplan weitere große Aufgaben gestellt. Zur Steigerung der Hektarerträge um 25 % im Jahre 1955 gegenüber 1950 wird den werktätigen Bauern eine großzügige Hilfe geleistet. So werden unter anderem die Maschinen-Ausleihstationen von 524 auf 750 Stationen erweitert, und die Zahl der Traktoren von 11 950 auf 37 500 Stück erhöht werden. Das wird unseren Bauern die Möglichkeit geben, den Boden intensiver zu bearbeiten, die Ernte unter erleichterten Bedingungen hereinzubringen, die Hektarerträge und die Erträge der Viehzucht zu steigern und ihnen mehr Freizeit für die kulturelle Betätigung zu geben.

So wird die Produktion in der Landwirtschaft die Hektarerträge der Vorkriegszeit bei weitem übertreffen. Unsere Wirtschaftsplanung wird dabei den Bauern den Absatz ihrer Produkte zu anständigen Preisen sichern.

Unter der Losung: Dem Volke mehr Lebensmittel, dem Bauern mehr Industriewaren, der ganzen Dorfbevölkerung die Errungenschaften der fortschrittlichen Kultur, sind auch den werktätigen Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik alle Möglichkeiten einer freien Entfaltung gegeben.

Diese Erfolge, die auf dem festen Bündnis der Bauern mit den Arbeitern und auf der Freundschaft mit der Sowjetunion und den friedliebenden Völkern beruhen, kann nur ein neuer Krieg zerstören und zunichte machen.

Wie aber sieht es dagegen in Westdeutschland aus?

Bei einem Großgrundbesitz von 431 200 Hektar erhielten z. B. 90 000 Umsiedler und landarme Bauern durch die „Bodenreform“ in Württemberg-Baden ganze 4000 Hektar Land zugewiesen. In ganz Niedersachsen wurden seit Kriegsende nicht mehr als 774 Flüchtlingspachtstellen vergeben, wobei der Großteil dieser Pächter sich aus ehemaligen enteigneten Junkern aus dem Gebiet der früheren sowjetischen Besatzungszone zusammensetzt. Bei einer wirklichen Bodenreform wäre es möglich, in Niedersachsen 800 000 Neubauernstellen mit je 7 Hektar zu schaffen.

Die westdeutsche Landwirtschaft zeigt im Hinblick auf ihre Modernisierung eine trostlose Entwicklung. So wurde bei einer Neuerhebung zur landwirtschaftlichen Betriebszählung festgestellt, daß nur 3,5 % der über 2 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe einen betriebs-eigenen Schlepper haben. Von 2,5 % wird ein betriebsfremder Schlepper verwendet. Mehr als 94 % oder 1 900 000 landwirtschaftliche Betriebe, das sind fast alle Klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften, haben keinerlei Möglichkeit, eine Zugkraft einzusetzen; sie bestellen meist den Boden in primitiver Weise, wie zu Großvaters Zeiten.

Wohl nichts aber kennzeichnet die gegensätzliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland so deutlich, wie die unterschiedlichen Absatzmöglichkeiten der Bodenerzeugnisse. Während unsere Landwirtschaft durch planvolle Abstimmung der Eigenerzeugung mit den Einfuhren landwirtschaftlicher Produkte gesichert ist, verfallen die westdeutschen Bauern durch die vom Marshallplan diktierten, unverantwortlich hohen Einfuhren amerikanischer Erzeugnisse der Verschuldung. Tausende Zentner Getreide liegen unverkäuflich in den Scheunen und hunderttausende Tonnen Obst und Gemüse müssen verfaulen.

Nach den Berechnungen des Bundesernährungsministeriums in Bonn beläuft sich die Neuverschuldung im Wirtschaftsjahr 1948/49 für die westdeutsche Landwirtschaft auf 610 Millionen WM. Damit stieg die Summe der Gesamtverschuldung der westdeutschen Bauern im Juli

1949 auf 3,09 Milliarden WM, wobei zu beachten ist, daß 94% dieser Schuldenlast auf Klein- und Mittelbetriebe und nur 6% auf Großbetriebe in der Landwirtschaft entfallen. Und die Monatschrift „Die Ähre“ berichtet, daß in Kurhessen, einem der besten landwirtschaftlichen Gebiete Deutschlands, die Verschuldung im laufenden Wirtschaftsjahr 15 Millionen WM beträgt. Bis zur Ernte errechnete die „Ähre“ eine Erhöhung der Verschuldung auf 25 bis 80 Millionen WM oder 60 Westmark je Hektar, wobei die Zeitschrift vermerkt, daß die Roggen-Rekordernte 1948/49 zum Teil noch unverkauft in den Scheuern liegt. Die „Süddeutsche Zeitung“ stellt dagegen fest, daß im Erntejahr 1948/49 Lebens- und Futtermittel im Werte von 870 Millionen Dollar eingeführt wurden.

Das Ergebnis dieser Marshallplan-„Hilfe“ ist die zwangsweise Verringerung der Anbaufläche. So ist nach Mitteilung des „Industrie-Kurier“ die diesjährige Raps- und Rübsenernte um rund 40% geringer als im Vorjahr; denn die Erntefläche umfaßt in diesem Jahr nur 50 000 Hektar gegenüber 82 000 Hektar im Jahre 1949.

Die Landarbeiter verlassen fluchtartig das Land, da die Löhne noch unter der Arbeitslosenunterstützung liegen. Die Bauern selbst können zwischen dem Marshallplan, dem Walterplan und dem Agrar-Unionplan wählen. Der Marshallplan würgt die Bauern durch Konkurrenz Einfuhren ab; der Walterplan sieht nach Vorschlag des Bundesministers Lukaschek die Exportierung von 1 Million Deutschen, zunächst von 250 000 deutschen Bauernfamilien, nach Afrika und anderen Kolonien vor; während durch den Agrar-Unionplan Westdeutschland-Frankreich die Bonner Regierung die westdeutschen Bauern als billige Arbeitskräfte zum Pflichteinsatz nach Frankreich schicken will.

Die Bauern haben aber noch eine andere Möglichkeit, nämlich die, sich mit ihren Kollegen in der Deutschen Demokratischen Republik zu vereinigen, um gemeinsam die gesamtdeutschen Fragen der Landwirtschaft zu klären, wie es bereits auf der großen gesamtdeutschen Beratung der Land- und Forstwirtschaft in Eisenach Wirklichkeit wurde. Denn nur durch einen gesunden innerdeutschen Handel können alle westdeutschen Bevölkerungskreise gewinnen.

Dieser Ansicht sind auch die westdeutschen Fischer, die ihre Fänge lieber an die volkseigene Fischindustrie in den Ostseehäfen der Deutschen Demokratischen Republik verkaufen, „als stempeln zu gehen“, wie ein Cuxhavener Fischer in Saßnitz erklärte. Weil der Marshallplan zum Beispiel die Zwangseinfuhr von dänischen Schollen im Werte von 300 000 Dollar und unter anderem 50 000 t Frischfisch aus Island vorsieht, darum sitzen die deutschen Fischer buchstäblich auf dem Trockenen. Von 241 vorhandenen Fischdampfern mußten 151,

gleich 64% wegen Unwirtschaftlichkeit aus dem Verkehr gezogen werden. Das sind die unabwehrbaren Folgen der sogenannten „freien Marktwirtschaft“ und der Abrosselung des innerdeutschen Handels. Oder sind Sie nicht an einem Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik interessiert?“, fragte Doktor Hartmann, während er seine Pfeife erneut in Brand setzte.

Wo lebt der Unternehmer, Gewerbetreibende und Handwerker besser?

„Da haben Sie recht“, stimmte Herr Meinecke zu, „ich muß bekennen, daß es mir zur Zeit geschäftlich nicht gut geht. Der Absatz in Westdeutschland ist ins Stocken geraten und an den ausländischen Markt, da läßt uns der Ami nicht heran. Nun wollte ich einmal sehen, ob in Leipzig etwas zu machen ist.“

„Natürlich ist da was zu machen“, bekräftigte der Doktor, „denn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schließt alle Abkommen mit ihren Handelspartnern stets im Hinblick auf die gesamtdeutsche Wirtschaft ab und hat bisher nichts unversucht gelassen, um den innerdeutschen Handel wieder flott zu machen.“

Wie anders ist es dagegen in Westdeutschland. Dort wird der Handel von den USA vollständig kontrolliert und zugunsten der USA und Englands benachteiligt. Das beweist das Verbot des Abschlusses eines Millionenauftrages der Volksrepublik China an westdeutsche Firmen zur Lieferung von Eisenbahnschienen „aus politischen Gründen“. Diesen Auftrag übernahmen alsdann amerikanische, englische und französische Firmen, aber nicht aus „politischen“, sondern aus Gründen des Profits.

Wie denken Sie darüber,

wenn durch die britische Besatzungsmacht einer Hamburger Werft die Annahme und Lieferung eines Exportauftrages auf drei Motor-Tankschiffe im Gesamtwert von 25 Millionen Westmark abgelehnt wird;

wenn die Konservenfabrik „Edelweiß“ in Heide den Betrieb schließen und alle Arbeiter und Angestellten fristlos entlassen mußte, weil ein Liefervertrag an die Deutsche Demokratische Republik über zwei Millionen Konserven von der Landesregierung Schleswig-Holstein nicht genehmigt wurde, trotz der Tatsache, daß dieser Auftrag die einzige Möglichkeit war, den Betrieb aufrechtzuerhalten;

wenn die amerikanischen Besatzungsbehörden einen Auftrag im Gesamtwert von 170 000 Dollar, den die „Nationalen Radiatorenwerke“ in Neuß für Bulgarien bereits fertiggestellt haben, verhindern und unterbinden wollen?

Das sind nur einige Beispiele aus der Fülle ähnlicher Vorgänge. Nach Berechnungen von Wirtschaftsfachleuten des amerikanischen Generalkonsulats in Hamburg hat Westdeutschland im Laufe von 12 Monaten durch die Abschnürung des Handels mit Osteuropa und der Deutschen Demokratischen Republik mehr als 30 Millionen Dollar verloren. Nicht umsonst fordert die Industrie- und Handelskammer in Köln die Wiederaufnahme des innerdeutschen Handels, und erklärte der Hamburger Wirtschaftssenator Prof. Dr. Schelle sowie andere westdeutsche Wirtschaftsfachleute die Lebensnotwendigkeit des Handelsverkehrs mit der Deutschen Demokratischen Republik und den osteuropäischen Ländern. Denn wer ist letzten Endes der Leidtragende dieser brutalen Unterdrückung des westdeutschen Handels durch das anglo-amerikanische Kapital? Die Arbeiter und Bauern, wie auch die Handwerker, Gewerbetreibenden und Unternehmer.

Es muß jedem Menschen zu denken geben, wenn er hört, daß nach Schätzung des Handwerkerinstituts in München die Außenstände der rund 900 000 Handwerksbetriebe in Westdeutschland über 1 Milliarde Westmark betragen, während das „Deutsche Handwerksblatt“ feststellt, daß bereits $\frac{1}{5}$ aller westdeutschen Handwerksbetriebe, das sind 180 000 Werkstätten, geschlossen ist. In dem einen einzigen Regierungsbezirk Stade in Niedersachsen wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres 520 Handwerksbetriebe geschlossen und in den Berufslisten gelöscht.

Nach einer Meldung des „Tag“ wurden im Januar 1950 in Westberlin 177 und im Februar 286 Betriebe gelöscht. Gegen 2700 Friseure läuft die Räumungsklage und 850 Automobilreparaturwerkstätten befinden sich dort in ausgesprochener Notlage.

Während Sie, lieber Meinecke, und mit Ihnen tausende Ihrer Kollegen heute noch mit den Folgen der separaten Währungsreform zu kämpfen haben, erhöhte sich der Wert der in Westdeutschland zum Börsenhandel zugelassenen Aktien innerhalb von 6 Monaten um 2 Milliarden 16,5 Millionen Westmark. Durch diese Riesenprofite konnten die Konzerne, die in Westdeutschland wiedererstand sind, die Kriegsverluste durch das Entgegenkommen der Bonner Regierung geräuschlos überwinden und ihr Aktienkapital ohne Verlust im Verhältnis 1 : 1 von Reichsmark auf Westmark umstellen.“

„Das ist wahr“, bestätigte Herr Meinecke verbittert, „aber sagen Sie, Doktor, geht es denn den Handwerkern, Gewerbetreibenden und Unternehmern in der Deutschen Demokratischen Republik besser?“

„Die wachsende Industrieproduktion und der steigende Warenumsatz durch die sich ständig erweiternden Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und den Volksdemokratien geben auch den privaten Betrieben alle Möglichkeiten einer weitgehenden Entfaltung. Es ist doch ein

Unterschied, ob man in einer krisen- und schuldenfreien Wirtschaft am Aufbau mithilft, oder ob man in Westdeutschland die Zeitung aufschlägt und feststellt, daß dort allein im Jahre 1949 rund 4946 Konkurse registrierter Firmen zu verzeichnen sind und daß die Konkursmeldungen im ersten Vierteljahr 1950 so zahlreich waren, daß sie ganze Zeitungsseiten füllen. Im Monat Juni 1950 lag die Zahl von 305 Konkursen um 19 höher als im Mai.

In der Deutschen Demokratischen Republik aber wird die Produktion der privaten Betriebe in der Zeit des Fünfjahresplanes um 156 % steigen.“

„Ich denke“, lächelte Doktor Hartmann, „Ihre Kollegen in Westdeutschland wären froh, wenn sie ihre Produktion in den nächsten fünf Jahren auch nur um 10 % steigern könnten. Es ist auch beachtlich, daß im Gegensatz zu der fortschreitenden Verschuldung der Handwerker in Westdeutschland die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durch das Gesetz zur Förderung des Handwerkes das Fundament für die weitere planmäßige Entwicklung des Handwerkes geschaffen hat. Der Erlaß der bis zum 31. Dezember 1949 entstandenen Steuerschuld sowie die neuen einheitlichen Steuern, die eine wesentliche Vereinfachung in der Buchführung darstellen, sind der Dank der Regierung an das Handwerk für das tatkräftige Mitwirken an dem erfolgreichen Aufbau der Friedenswirtschaft. Im Fünfjahresplan ist auch für das Handwerk eine Produktionssteigerung von 160 % vorgesehen und den Handwerksbetrieben werden Rohmaterialien von 50 Millionen DM überlassen.“

Zur gegnerischen Hetze über eine angebliche Liquidierung der Handwerks- und Privatbetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik stellte Staatspräsident Wilhelm Pieck dieser Tage vor den Vertretern des deutschen Handwerks folgendes fest:

„Tatsache ist, daß wir am 31. Dezember 1945 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone 243 000 Handwerksbetriebe zählten. Bis zum 1. April 1950 stieg diese Zahl auf 304 000. Das sind also rund 61 000, rund 25 % handwerkliche Betriebe mehr als vor fünf Jahren.“

Und weiter:

„Tatsache ist, daß der Umsatz der handwerklichen Betriebe bei uns im Jahre 1947 die Summe von 3,7 Milliarden DM erreichte, im Jahre 1949 aber auf 4,5 Milliarden DM gestiegen ist, das heißt um mehr als 20 %.“

Ferner erklärte der Staatspräsident:

„Durch Lieferungsverträge erhielten die handwerklichen Betriebe im Jahre 1949 Aufträge in Höhe von 138 Millionen DM. Im ersten

Halbjahr 1950 sind bereits Aufträge für 141 Millionen DM vergeben worden. Diese Ziffer dürfte in der Zukunft eine außerordentliche Erhöhung erfahren.“

Damit sind die großen Möglichkeiten aufgezeigt worden, die den deutschen Handwerkern wie auch den Privatbetrieben in der Deutschen Demokratischen Republik geboten werden: Sie können sich im Rahmen des gemeinsamen Aufbaues einer gesunden Friedenswirtschaft frei entfalten, vorausgesetzt, daß auch diese Entwicklung nicht durch einen Krieg zerstört wird.“

Wie ist die Lage der Intelligenz?

„Ich muß sagen“, erklärte Herr Meinecke und sah nachdenklich in die Glut seiner Zigarre, „Ihren Ausführungen liegt überall eine so eindeutige Beweisführung zugrunde, der man sich nicht entziehen kann. Mich wundert's nur, daß Sie als Intellektueller sich in die ungewohnten Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik so schnell hineingefunden haben.“

„Das ist doch gar nicht verwunderlich“, lachte Hartmann vergnügt, „denn ungewohnte Verhältnisse waren es in Westdeutschland, da ich aus Not Tütenkleben ging; aber hier ist doch alles in Ordnung; oder finden Sie es ungewöhnlich, daß ein Arzt, der wieder in seinem Fach tätig ist, sich heute etwas mehr um das Zeitgeschehen kümmert, damit nicht die Zeit ihn nochmals überrennt? Ich habe hartes Lehrgeld bezahlen müssen, denn die Not der Angehörigen der Intelligenz ist in Westdeutschland ungeheuer. Dort gibt es nach amtlichen Verwaltungsmitteln unter den Ärzten 25 000 Arbeitslose. Allein in Hamburg sind 713 Ärzte ohne Beschäftigung.“

Auf ein Stellenangebot, das in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschien und in dem ein Nachtwächter gesucht wurde, gingen über 100 Meldungen ein. Neben Technikern und Ingenieuren befanden sich auch sieben Ärzte unter den Bewerbern.

Die Erkenntnis der hoffnungslosen Lage im Westen läßt viele Mediziner den einzig richtigen Schritt tun, nämlich in die Deutsche Demokratische Republik überzusiedeln. So sind nach einem Bericht im ersten Halbjahr 1950 weit über 200 Ärzte herübergekommen und haben bei uns eine ärztliche Praxis oder Anstellung gefunden.

So schreibt Dr. med. Gerhard Hesse, der jetzt in Quedlinburg/Harz tätig ist: „Mein Arbeitsgebiet in der Deutschen Demokratischen Republik ist so groß und reichhaltig, daß ich in der Arbeit meine volle Entfaltung finden kann. Ich kann für meinen Beruf sagen, daß man sich hier so einsetzen, so arbeiten und so lernen kann, wie es einem Arzt im Westen nicht gegeben ist.“

Aus einem Schreiben von Dr. med. Herbert Vetter, der in Torgau im Stadtkrankenhaus arbeitet, geht hervor: „... es kommt in Westdeutschland leider nur zu oft vor, daß Ärzte lediglich fürs tägliche Brot in Kliniken arbeiten müssen. Die Wissenschaft leidet drüben in ihrer Weiterentwicklung insofern, als für die notwendigen Forschungsarbeiten die Geldmittel von seiten des Staates nicht bereitgestellt werden.“

Wie es den Wissenschaftlern ergeht, die den Lockungen der westdeutschen „vollen Schaufenster“ folgen und dort bessere Lebens- und Existenzbedingungen als in der Deutschen Demokratischen Republik erwarten, beweist folgendes Schreiben des Facharbeitsamtes I, Berlin-Charlottenburg, Meerscheidstraße, an die Universität Jena:

„Betr. Prof. Dr. Heinz Stolte, geb. 22. 3. 1914

Wi — II/81 — 2301/140322 — We/Ba v. 25. 7. 1950.

Der Obengenannte stellte hier einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung und gab an, in der Zeit vom 21. 11. 1946 bis 31. 12. 1949 bei Ihnen tätig gewesen zu sein.

Zur Bearbeitung seines Antrages bitten wir um baldmögliche Ausfüllung und Rücksendung der beiliegenden Arbeitsbescheinigung.

Im Auftrage: gez. Hoth.“

Doch den Ärzten geht es nicht allein so schlecht, da gibt es Ingenieure, die als Nachtwächter oder Zettelverteiler gehen, um ihre Familien notdürftig zu ernähren. Erfinder, deren Patente von den Suchkommandos der amerikanischen Truppen geraubt wurden, fristen heute in Flüchtlingsbaracken ein menschenunwürdiges Dasein.

Das sind Tatsachen, denen man die Förderung der schaffenden Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüberstellen muß.

Mit der von der Regierung erlassenen Kulturverordnung wurde der schaffenden Intelligenz die Grundlage zur freien Entfaltung auf dem Gebiete der Technik, Kunst und Wissenschaft gegeben.

Durch die Bereitstellung von 50 Millionen DM für die wissenschaftliche Forschung und den Ausbau von neuen Forschungsinstituten wurde die Wissenschaft in besonderem Maße gefördert. Neben der ständigen materiellen Förderung wurde eine Verordnung über die zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben erlassen.

Diese unwiderlegbaren Tatsachen zeigen im Gegensatz zu Westdeutschland, daß die Regierung den mitentscheidenden Anteil der schaffenden Intelligenz am Aufbau einer krisen- und schuldenfreien Wirtschaft erkannt hat.

Kultur und Wissenschaft aber können sich nur im Frieden entwickeln, und so muß es die erste Aufgabe der deutschen Intelligenz sein, Partei zu ergreifen gegen das Lager der westlichen Kriegstreiber und für das Lager der friedliebenden Völker, in dem das demokratische Deutschland steht.

„Sie sprachen von der zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz“, schaltete sich Herr Meinecke ein, „wird diese aber nicht als eine ungerechtfertigte Bevorzugung vor den anderen Rentenempfängern empfunden werden; denn

wie steht es mit der allgemeinen Fürsorge?“

„Gewiß gibt es noch hier und da Stimmen, die die Förderung der Intelligenz als eine ungerechtfertigte Bevorzugung betrachten; die Mehrzahl der Werktätigen hat jedoch erkannt, daß die Intelligenz, und im besonderen Maße die technische Intelligenz, jene Pläne und Erfindungen entwickelt, die Hand in Hand mit den Werktätigen verwirklicht werden und damit die Verbesserung der Lebenslage unseres gesamten Volkes herbeiführen. Erst müssen die Fabriken auf vollen Touren laufen und die Arbeiter und Bauern das Fundament zum künftigen Wohlstand legen; das ist der richtige Weg, der am Ende allen ein gesichertes Leben gewährt. Doch betrachten wir uns einmal unter diesem Gesichtspunkt

die Lage der Rentner und Kriegsversehrten.

In Westdeutschland werden an alte Berufssoldaten und an Naziaktivisten Pensionen in Höhe von 800 Millionen WM gezahlt. Die Auszahlung von Staatspensionen an ehemalige SS-Generale wird damit begründet, daß sie „unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht wieder in ihre Staats- oder Gemeindestellen eingesetzt werden könnten“. So erhält z. B. der ehemalige SS-Standartenführer Paul Will von der Regierung in Ansbach in Bayern eine monatliche Pension, die vor der Währungsreform 1162 RM betrug und danach auf 1024 WM „herabgesetzt“ wurde. Das ist ein Beispiel von vielen, die den Millionen Währungsgeschädigten in Westdeutschland die Augen über den Kurs der Adenauer-Regierung öffnen sollten. Doch weiter. Da erhält z. B. ein Kriegsversehrter mit drei Kindern 68,50 WM Vollrente, die ihm auf Grund eines Nebeneinkommens von 125 WM auf 36,70 WM gekürzt wird, so daß insgesamt 161,70 WM zum Leben verbleiben. Davon geht der Betrag von 76,50 WM für Licht, Gas und Miete ab, so daß für 5 Personen ganze 85,20 WM im Monat für Nahrung und Kleidung verbleiben. Dabei trägt sich die Bundesregierung mit Plänen einer weiteren Kürzung der Renten für die Kriegsoffer. Da kann man nur die Worte wiederholen, die die Kriegsversehrten bei ihren Protestkundgebungen auf die Transparente geschrieben haben: Entschuldigt, daß wir nicht gestorben sind!

Und wie steht es mit der Sozialfürsorge in der Deutschen Demokratischen Republik?

Durch eine planvolle Sozialversicherung zugunsten der Werktätigen stiegen hier im Durchschnitt die Versichertenrenten von 51,78 RM im Dezember 1946 auf 69,47 DM im Dezember 1949 und im gleichen Zeitraum die Witwenrenten von 38,25 RM auf 48,07 DM.

Durch den planmäßigen Aufbau unserer Wirtschaft und als Ergebnis der großen Leistungen der Aktivisten konnte die Regierung eine Verordnung erlassen, wonach ab 1. September 1950 für alle Alters-, Invaliden- und Unfallinvalidenrentner, Empfänger von Witwenrente, soweit sie erwerbsunfähig sind, sowie Empfänger von Waisenrente die Rente um 10 DM monatlich erhöht wird. Für den erwerbsunfähigen Ehegatten, der keine Rente aus eigener Versicherung erhält, wird auf Antrag gleichfalls ein Zuschlag von 10 DM gewährt. Auch den Empfängern von Sozialunterstützung wird die monatliche Unterstützung um 10 DM erhöht.

Damit wurde für einen Personenkreis von 3 610 000 Menschen eine Erhöhung der Rente um 10 DM im Monat verwirklicht, das sind rund 36,1 Millionen DM, die von der Regierung bereitgestellt werden.

Durch die Übererfüllung der Wirtschaftspläne und die Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie durch die ständig wachsenden Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und den Volksdemokratien war es der Regierung weiterhin möglich, allen Bürgern, welche spätestens am 31. Dezember 1950 das 60. Lebensjahr vollenden und ihren ständigen Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik oder im demokratischen Sektor von Groß-Berlin haben, von ihren umgewerteten Guthaben, soweit sie vor dem 9. Mai 1945 entstanden sind, auf Antrag die Abhebung eines Betrages bis zu 100 DM freizugeben. Ferner werden allen vermögenslosen alten Bürgern sowie Witwen, Waisen und Beziehern von Renten und Sozialversicherungen die Schulden gegenüber den geschlossenen Kreditanstalten aus der Zeit vor dem 9. Mai 1945 erlassen.

So werden die sozialen Maßnahmen der Regierung mit dem ständigen Anwachsen des Volksvermögens auf einen Stand ausgebaut werden, der jedem Bürger einen sicheren Lebensabend garantiert, wenn wir alle dazu beitragen, den westlichen Kriegshetzern die Brandfackeln aus der Hand zuschlagen.

Dektor Hartmann hatte sich erhoben und ging im Zimmer auf und ab, dann blieb er vor Herrn Meinecke stehen. „Wenn wir die soziale Frage behandeln, dann dürfen wir einen wichtigen Punkt nicht außer acht lassen:

Wo leben die Umsiedler besser?

Wie war das im Jahre 1945, als der Faschismus zerschlagen war und die Besatzungsmächte die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands im Potsdamer Abkommen feierlich unterzeichneten? Damals zogen die Flüchtlinge planlos durch das Land, bis sie in Bayern, Sachsen, in Schleswig-Holstein, Mecklenburg oder in einem anderen Gebiet Deutschlands ein notdürftiges Unterkommen fanden. Dann wurde von den Westmächten die Spaltung Deutschlands betrieben, und seither hat sich, wie in allen Fragen unseres Lebens, so auch in der Lage der Umsiedler eine grundlegende Entwicklung im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Westdeutschlands ergeben. In der Deutschen Demokratischen Republik gehören die Massenquartiere und Flüchtlingslager seit langem der Vergangenheit an. Durch die Bodenreform erhielten mehr als 300 000 Umsiedler Grund und Boden und damit eine neue Heimat. Die Zahl der arbeitsfähigen Umsiedler im Produktionsprozeß hat ständig zugenommen, wobei zahlreiche Umsiedler heute in leitenden Stellungen tätig sind. Die Erhöhung der Renten bedeutet für die erwerbsunfähigen Umsiedler eine weitere Erleichterung.

Es wird niemanden einfallen, das Leben der Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik als rosig oder voll befriedigend hinzustellen, dafür sind die Schäden und Folgen des Hitlerkrieges zu gewaltig, als daß sie heute bereits überwunden wären. Gegenüber der Lage der Umsiedler im Westen jedoch muß festgestellt werden, daß die Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik als gleichberechtigte Bürger am Aufbau wie auch an den Erfolgen unserer Volkswirtschaft beteiligt sind. Das beweist am besten das von der Regierung beschlossene Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. 9. 1950. In diesem Gesetz sind durchgreifende Maßnahmen vorgesehen, die die Lage der Umsiedler in der neuen Heimat weiter festigen und sichern werden.

Welche Ursachen aber liegen der Not der Umsiedler in Westdeutschland zugrunde? Die Umsiedler bilden dort 15 % der Bevölkerung, stellen aber 45 % der Millionenarmee der Arbeitslosen.

Von den mehr als 203 000 Arbeitslosen in Schleswig-Holstein sind sogar 57 %, also weit über die Hälfte, Umsiedler.

Rund 400 000 Umsiedler fristen heute noch in Westdeutschland in Massenquartieren und ehemaligen Konzentrationslagern ein menschenunwürdiges Dasein. Warum werden diese Opfer des Hitlerkrieges in Westdeutschland so benachteiligt und schikaniert, warum läßt man diese Menschen, die Furchtbares erlebt haben, nicht endlich zur Ruhe

kommen und bezeichnet die 7 745 000 Umsiedler als Flüchtlinge und Heimatvertriebene?

Die Antwort hierauf erteilt die englische Zeitung „Daily Mail“ in unverschämter Aufrichtigkeit:

„Gegenwärtig haben wir in Westdeutschland Millionen Deutsche, die nur bei einer Niederlage der Russen auf Rückkehr in ihre Heimat hoffen können, was aber auch nur durch einen Krieg möglich ist. Das Beste, was uns die Deutschen bieten können, das sind sie selbst als Soldaten. Es gibt genug davon.“

Das also ist der wahre Grund, warum man den Umsiedlern in Westdeutschland die neue Heimat versagt und ihnen dafür Illusionen vorgaukelt, die nur mit einem neuen Krieg enden können, der aber dann keine Rückkehr, sondern Vernichtung bringen würde.

Die Kriegstreiber haben jetzt die Maske fallenlassen, und so ist es nicht schwer, eine weitere Frage zu beantworten:

Wo ist die Zukunft der Jugend gesichert?

Verfolgen wir einmal die Entwicklungsmöglichkeiten der Jugend in Westdeutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Bereits beim Verlassen der Schule beginnt die Not der westdeutschen Jugendlichen; denn allein in Niedersachsen sind von den 650 000 Schülern, die bis 1954 die Schulen verlassen werden, mindestens 400 000 ohne ordentliche Berufsaussichten. Diese Tatsache wurde auf einer Bezirkstagung des Regierungsbezirkes Lüneburg festgestellt. In einem Vortrag der Hamburger Verwaltungsakademie erklärte Prof. Dr. Sieverts, daß in Westdeutschland mindestens 1 155 000 Jugendliche berufslos sind. 730 000 leben davon auf dem Lande, wo sie nicht nur jeder Berufsausbildung entbehren, sondern auch „fast ständig ohne Arbeit sind.“ Der letzte Weg führt dann meist in die Fremdenlegion, in die nach Angaben Prof. Dr. Sieverts täglich 50 Deutsche eintreten. Neben dem Weg in die Fremdenlegion gibt es für die arbeitslosen Jugendlichen in Westdeutschland noch eine Möglichkeit, sich anwerben zu lassen, das ist das „Jugendaufbauwerk“ oder der „Jugenddienst“, die von der „treuorgenden“ Regierung nach dem Muster des Reichsarbeitsdienstes aufgezogen sind und in die die Jugendlichen zum Teil bereits mit Zwangsmitteln eingewiesen werden. Die wenigen Jugendlichen aber, die das Glück haben, eine Lehr- oder Arbeitsstelle zu erhalten, werden schamlos ausgebeutet.

Unter diesen Umständen hat es die studierende Jugend in Westdeutschland besonders schwer. Stipendien werden nur in ganz geringem Umfang gegeben. Bezeichnend hierfür ist die Erklärung des Rectors der Universität München, wonach nicht einmal ein Prozent der bayrischen Haushaltsmittel auf die bayrischen Hochschulen entfällt.

Dafür können 200 Studenten auf Einladung nach England zur Erbsenlese oder 100 Studierende nach Holland zu Aufbauarbeiten fahren. Die anderen aber versuchen, ihr Studium durch Teppichklopfen, Kinderausfahrten, und ähnliche Dinge zu bestreiten.

Die Adenauer-Regierung aber steht dem ganzen Jugendproblem teilnahmslos gegenüber — doch halt, etwas hat sie getan. Sie hat mit der Südafrikanischen Union ein Übereinkommen getroffen, für die außerordentlich schwere und gesundheitsschädliche Minenarbeit in den südafrikanischen Goldbergwerken junge kräftige Deutsche zu verpflichten. In ganz Schleswig-Holstein hat bereits eine große Werbeaktion zur Erfassung von jugendlichen Arbeitslosen für die Sklavenarbeit in Afrika eingesetzt. — — —

Wie anders ist doch die Entwicklung der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. Hier hat das Jugendgesetz alle Möglichkeiten einer freien Entfaltung gegeben.

So sind im Jahre 1950 in Berlin und 5 Städten der Republik Häuser der Kinder mit Bibliotheken und anderen unterhaltenden und belehrenden Einrichtungen zu schaffen.

Für den Ausbau und die Wiederinstandsetzung von Schulen wurden für 1950 neben den im Jugendgesetz veranschlagten Mitteln 40 463 000 DM und für den Ausbau der Universitäten und Hochschulen 24 790 000 DM vorgesehen. Die Mittel für Stipendien an die Studenten der Universitäten, Hochschulen, Arbeiter- und Bauernfakultäten und Fachschulen sowie die Unterhaltsbeihilfen für Oberschüler werden im Jahre 1950 um 23 Millionen DM auf 67 Millionen DM erhöht. Ferner wurden für das Jahr 1950 für die Beschaffung von Schulinventar und die Vervollständigung der Schulbibliotheken insgesamt 28 Millionen DM bereitgestellt. Zur Förderung der Berufsausbildung der Jugend ist im Volkswirtschaftsplan 1950 der Bau von 41 neuen und die Wiederherstellung von 80 beschädigten Berufsschulen mit insgesamt 62 500 Plätzen vorgesehen. Die Zahl der Berufsschüler wird auf 720 000 erhöht.“

„Das, lieber Herr Meinecke,“ schloß Doktor Hartmann seine Ausführungen über die Jugendförderung. „sind nur trockene Zahlen, was aber dahinter steckt und mit welcher Begeisterung die Jugendbrigaden in den Betrieben und in den MAS auf dem Lande an ihre Arbeit herangehen, das kann man nicht schildern, das muß man selbst erlebt haben. Hier wächst eine Jugend heran, die weiß, was sie will, eine Jugend, der wir einstmals die Führung des neuen demokratischen Staates anvertrauen können.“

Herr Meinecke stippte seinen bereits seit längerer Zeit erkalteten Zigarrenstummel am Aschenbecher ab und seufzte: „Was Sie da eben über die westdeutschen Zustände gesagt haben, muß ich leider voll und

ganz bestätigen; denn ich habe zu Hause einen Jungen, für den es unmöglich ist, eine ordentliche Lehr- oder Arbeitsstelle zu erhalten und ich wünschte mir, daß wir auch bald eine Förderung der westdeutschen Jugend in dem Sinne erhalten, in dem bei Ihnen hier die Jugend entwickelt wird.“

Wo leben nun die Werktätigen besser?

Doktor Hartmann sah von seiner Mappe auf, in der er geblättert hatte: „Drei Millionen Tonnen Stahl werden 1955 in den Stahlwerken der Deutschen Demokratischen Republik erzeugt werden, wissen Sie, was das bedeutet?“

Drei Millionen Tonnen Stahl, über dessen Verwendungszweck einzig und allein das Volk verfügt, weil es der Besitzer dieses Stahles ist, das bedeutet den Bau neuer Industriewerke und Talsperren, neuer Straßen, Brücken und Häuser, und auch den Bau einer neuen Hochseeflotte.

Das bedeutet Freundschaft und engste wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion und den Volksdemokratien und allen Ländern, in denen der Stahl einer fortschrittlichen friedlichen Entwicklung dient. Der Stahl in den Händen des Volkes, das bedeutet ein ständiges Anwachsen der Wirtschaft und Aufblühen der Kultur in einem wahrhaft demokratischen Staat, der nicht die Rüstungsaktie und den Profit, sondern den Menschen und seine Entwicklung in den Mittelpunkt stellt, das bedeutet Arbeit und Brot für alle.

Das bedeutet aber auch Verteidigung dieser Errungenschaften und darum Kampf um die Erhaltung des Friedens.

Denn im Westen unseres Vaterlandes wird auch Stahl erzeugt. Dieser Stahl aber befindet sich heute noch in den Händen des amerikanischen Monopolkapitals und seiner deutschen Handlanger,

das bedeutete in der Vergangenheit den zweiten Weltkrieg, nach dessen Beendigung die Völker 33,81 Millionen Tote zu beklagen hatten, das amerikanische Kapital aber 52 Milliarden Dollar Reingewinne einstecken konnte;

Stahl in den Händen des Monopolkapitals, das bedeutet die Spaltung der Arbeiterklasse, der Wirtschaft und Kultur wie der nationalen Einheit eines Volkes überhaupt;

das bedeutet heute die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges in Westdeutschland und allen Ländern, die noch unter dem Einfluß der USA-Aggressoren stehen;

das bedeutet aber auch für die Werktätigen dieser Länder, den Kampf aufzunehmen um den Stahl, der ihnen Arbeit und Brot gibt und der nur im Besitz der Werktätigen einen dauerhaften Frieden sichert. Das müssen alle Menschen klar und endgültig erkennen, wenn sie die

Frage nach dem besseren Leben stellen und auch, daß es heute nicht mehr ein unentschlossenes Schwanken zwischen den Fronten gibt, sondern allein

die Wahl zwischen zwei Wegen.

Der eine Weg, der im Westen beschritten wurde, führte über den Marshallplan zur wirtschaftlichen Verschuldung und kolonialen Abhängigkeit. Im Atlantikpakt aber ist die Rolle der westdeutschen Bevölkerung als Kanonenfutter für den geplanten Krieg eindeutig festgelegt worden. Die Preiserhöhungen, die Erhöhung der amerikanischen Besatzungskosten, die Konkurrenzdemontagen und vor allem die Anlage der Todeszone zwischen Elbe und Rhein, sowie die Aufstellung von Söldnerdivisionen zeigen jedem vernünftig denkenden Menschen, was der Weltimperialismus als Urheber aller Kriege und Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland plant.

Der andere Weg aber führt zu einem besseren Leben aus eigener Kraft. Er ist steiler und die Erfolge fallen uns nicht in den Schoß, sondern müssen fleißig und tapfer erarbeitet werden. Es kann jedoch nicht geschehen, daß wir von diesem richtigen Wege abkommen, denn der Zweijahrplan und für die nächsten Jahre der Fünfjahrplan sind unser bester Kompaß. Daneben haben wir mächtige und aufrichtige Freunde, die uns zur Überwindung der ersten und steilsten Wegstrecke helfend die Bruderhand reichen. Das bessere Leben aber spiegelt sich nicht in den Schaufensterauslagen wider, sondern muß auf dem soliden Fundament einer gesicherten Zukunft aufgebaut werden.

Die Wahl zwischen diesen beiden Wegen, zwischen dem Lager des Friedens und dem der Kriegshetze, wird allen den Menschen nicht schwerfallen, die ihr deutsches Vaterland aufrichtig lieben und es keinem neuen Krieg aussetzen wollen.

Während in Westdeutschland sich bereits wieder jene unheilvolle Entwicklung anbahnt, die das deutsche Volk schon einmal an den Rand des Abgrunds brachte, während dort die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte durch Zulassung neofaschistischer Parteien und militaristischer Gruppen die Spaltung der Bevölkerung und Schwächung der Arbeiterklasse und die Vorbereitung für einen neuen Krieg betreiben, bereiten sich die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik auf den 15. Oktober vor.

Während es in Westdeutschland bereits wieder möglich ist, daß sich die Parteien nach den bekannten Spielregeln der westlichen Scheindemokratie „bekämpfen“, die Abgeordneten mit Tintenfassern werfen, und es der ehemalige Generalmajor Remer, der Mörder des 20. Juli 1944, wieder wagen kann, öffentlich von den „guten“ Seiten des Faschismus zu sprechen, wobei aber alle am Ende doch nach der Pfote des amerikanischen Imperialismus tanzen müssen, haben die

demokratischen Parteien in der Deutschen Demokratischen Republik beschließen, gemeinsame Kandidatenlisten und ein gemeinsames Wahlprogramm aufzustellen.“

„Sehen Sie“, erklärte Doktor Hartmann mit erhobener Stimme, „das ist etwas Neues und wirklich Demokratisches; wenn die Parteien, die gemeinsam die antifaschistisch-demokratische Ordnung entwickelt und gefestigt und mit vereinten Kräften den Aufbau begonnen haben, nun auch im Interesse dieses gemeinsamen Kampfes um die bessere Zukunft unseres Volkes mit einer gemeinsamen Kandidatenliste vor die Wähler treten. So werden keine Saalschlachten und keine zerfleischenden Wahlhetzen unsere Kräfte schwächen, sondern geeint und stark werden wir nach den Wahlen an die großen Aufgaben, die uns im Fünfjahrplan gestellt sind, herangehen und sie erfüllen.“

Diese geschlossene Einheit zu den Wahlen aber ist ein wirksamer Schlag gegen die Kriegshetzer im Westen. Das wissen sie sehr gut und darum ihre gemeine Lügenpropaganda. Der stellvertretende Ministerpräsident Otto Nuschke forderte vor den Delegierten des Deutschen Nationalkongresses alle deutschen Patrioten auf, diesen Hetzern ins Gesicht zu sagen:

„Ihr lügt! Ihr lügt, um eine Kriegspsychose künstlich wachzurufen, ihr lügt, um die Menschen zu betäuben und ihre Sinne zu unnebeln!“

Allen Menschen aber, die in Westdeutschland mehr und mehr erkennen, daß der Kurs, den die Spalterregierung im Auftrage des amerikanischen Monopolkapitals eingeschlagen hat, in den Abgrund führt, wird unser Wahlsieg neuen Mut und neue Kraft zum entschlossenen Widerstand geben.

So wird die einmütige Wahl der Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 15. Oktober ein Bekenntnis zu Frieden, Einheit und Wohlstand für ganz Deutschland sein!“

Doktor Hartmann hatte sich bei den letzten Worten erhoben und Herr Meinecke streckte ihm impulsiv die Hand entgegen: „Diese Worte aus Ihrem Munde, lieber Doktor, sind für mich ein Beweis, daß Sie für eine gerechte Sache eintreten. Jetzt werde ich mich in der Deutschen Demokratischen Republik mit anderen Augen umschauen und nach meiner Rückkehr nach Westdeutschland die Menschen aufklären über den falschen Weg, der uns bereits zwei Kriege brachte und mit einem neuen bedroht.“

„Und sagen Sie all' denen, die sorglos in den Tag hineinleben, und von den Dingen, die um sie herum geschehen, nichts wissen wollen: nicht heute ist heut, vielmehr dem Heute folgt ein Morgen; und nach uns kommt keine Sintflut, sondern nach uns kommen unsere Kinder, und der Sicherung ihrer Zukunft gilt unser Kampf.“

Liebe Leserin, lieber Leser!

Sie haben sich gewiß schon einmal die Frage vorgelegt, wo die Werktätigen besser leben, und Sie dachten dabei vielleicht auch an jene vollen Schaufenster im Westen. In der vorliegenden Broschüre taten wir nun einen Blick hinter diese spiegelnde Schaufensterscheibe. Wir haben an Hand eines Teiles des vorliegenden Tatsachenmaterials die beiden Wege aufgezeigt, die nach der bewußten Spaltung Deutschlands durch das anglo-amerikanische Monopolkapital in Westdeutschland und bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik beschritten wurden.

Wir bitten Sie, lieber Leser, sich über dieses für unsere Zukunft so wichtige Thema mit Ihren Kollegen und Bekannten zu unterhalten und sie davon zu überzeugen, daß der Stahl in den Händen des Volkes Frieden und Wohlstand bedeutet, während er im Besitz des Monopolkapitals immer wieder zu neuen Kriegen, zu Not und Verelendung führt und darum unser Kampf in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ein Kampf um Leben und Tod des deutschen Volkes ist.

Unser Bekenntnis zu diesem Kampf und unseren entschlossenen Willen zu einem besseren und glücklichen Leben werden wir durch die einmütige Wahl der Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 15. Oktober bekunden.

Wir sind Ihnen weiterhin für jeden kritischen Hinweis, sowie für jeden Vorschlag dankbar und bitten Sie, Ihren Brief oder Ihre Postkarte wie folgt zu adressieren:

Deutsche Demokratische Republik
Amt für Information
Redaktion „Die Wahrheit dem Volke“

BERLIN W 1
Thälmannplatz 8-9

DIE WAHRHEIT DEM VOLKE

Nr. 8

Herausgegeben vom Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Deutscher Zentralverlag Berlin O 17, Verlagslizenz 363 [1572/50]
Märkische Druck- und Verlags-GmbH., Königs Wusterhausen 9 50